

# IIS

## Auslandsinformationen

Vertraulich

1976

Bonn, den 15. 11. 1973

Nr. 111

Bericht über die Position der chilenischen Christlichen  
Demokratie zur Regierung Salvador Allendes.

Autor: Patricio Aylwin, Präsident der PDC Chiles  
Stand: November 1973

1. Die Präsidentschaftswahl von 1970 und das Statut der Demo-  
kratischen Garantien.

In der Präsidentschaftswahl vom 4. Sept. 1970 erhielt der Kandidat der Volksfront, Senator Salvador Allende, 36,6 % der Stimmen, ihm folgte der Kandidat der Rechten, Jorge Alessandri, mit 35,2 % und an dritter Stelle der Kandidat der Christlichen Demokratie, Radomiro Tomic, mit 28 %.

Nachdem keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhielt, mußte entsprechend der chilenischen Verfassung die Wahl des Präsidenten der Republik durch den Nationalkongreß in einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern, Senatoren und Abgeordneten, erfolgen. Dort war die Christliche Demokratie die bestimmende Kraft mit 75 von insgesamt 200 Parlamentariern.

Nachdem die Wahl des Präsidenten unter 2 Kandidaten zu erfolgen hatte, von denen keiner der ihre war, stand die Christliche Demokratie vor folgenden Tatsachen:

- a) Die erste relative Mehrheit hatte Senator Allende erhalten. Selbst wenn sie ihm nicht das Recht gab, gewählt zu werden, so hatte er doch von allen den größten Anspruch darauf.
- b) Die Vorhaben und Programme, die Senator Allende während des Wahlkampfes vertrat, standen mehr als die des Herrn Alessandri in der Nähe der Auffassungen, wie sie von der Christlichen Demokratie vertreten wurden.
- c) Abgesehen von dem vorher Gesagten zeigte sich innerhalb der Volksfront ein klares und kategorisches Vorherrschen der Kommunistischen und Sozialistischen Partei, beide marxistisch-leninistisch orientiert, die erste auf der Linie Moskaus und die zweite mit Castro- und Peking-Tendenzen. Beide bedeuteten eine ernsthafte Gefahr für das Weiterbestehen des demokratischen Systems und der Freiheit im Lande.
- d) Die Rechte und ihr Kandidat boten ihren Verzicht an, falls dieser gewählt werden sollte, um eine neue Wahl notwendig zu machen, bei der sie dann den christlich-demokratischen Kandidaten unterstützen würden.

Angesichts dieser Tatsachen gelangte die Christliche Demokratie zur Auffassung, daß es ihrer historischen Verantwortung entsprach, einen Beitrag zu leisten zur Schaffung von Bedingungen, um für den Prozeß des wirtschaftlichen und sozialen Wandels, der unter ihrer Regierung begonnen wurde und den die Mehrheit des Landes fortsetzen wollte, einen demokratischen und freien Verlauf zu sichern. Aus diesem Grunde kam sie zur Auffassung, daß es unter den gegebenen Umständen das beste wäre, Senator Allende zu wählen, unter der Voraussetzung, daß dieser dem Lande reale und wirksame Garantien gebe dafür, daß unter seiner Regierung die Grundwerte einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft gültig bleiben.

Die historische Erfahrung lehrt, daß in Ländern, wo sozialistische Regime marxistisch-leninistischer Inspiration bestehen, die Demokratie, die bürgerlichen Freiheiten und die Grundrechte

des Menschen durch totalitäre Systeme zerstört werden, die die politischen Oppositionsparteien ausmerzen, im Bereich der Massenmedien ein Regierungsmonopol aufstellen, die Erziehung und Bildung im Dienste der offiziellen Ideologie verstaatlichen, die Streitkräfte entmachten und politisieren oder Volksmilizen ins Leben rufen, die persönlichen Freiheiten beschränken oder unterdrücken und Basisorganisationen schaffen, die in der institutionellen Struktur weder vorgesehen sind noch demokratisch zustande kamen, die sich außerdem anmaßen, die Repräsentation des Volkes zu sein und die Macht ausüben zu können, unter Mißachtung der legal zustande gekommenen Autoritäten.

Um diesen Gefahren zuvorzukommen, stellte in aller Form die Christliche Demokratie gegenüber Herrn Allende die Notwendigkeit auf, dem Land die Versicherung abzugeben, daß die Erfüllung seines Programms der Änderungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, mit dem wir in großen Teilen einverstanden waren, ohne je eine politische Verpflichtung einzugehen, im Rahmen eines Rechtsgefüges und unter Achtung der Freiheiten des demokratischen Systems vonstatten gehe. Wir waren der Meinung, daß die beste Art, diese Versicherung zu konkretisieren, eine Verfassungsreform war, in der die Rechts- und Freiheitsgarantien, die die politische Verfassung allen Bürgern zuerkennt, klar und in allen Einzelheiten dargestellt werden.

Obwohl anfänglich Herr Allende diese verfassungsmäßige Festlegung des Garantienstatuts nicht akzeptieren wollte, gab er später aufgrund unserer Beharrlichkeit nach. Mit dem Einverständnis der Parteien der Volksfront und der Christlichen Demokratie wurde besagtes Verfassungsstatut im Kongreß angenommen. "Als Herr Allende selbst, als Senator, zur Abstimmung über diese Garantien schritt, sagte er wörtlich: "Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß wir diese Verfügungen so verstanden haben wollen, daß sie nicht nur Prinzipien sind, die in der Verfassung verankert wurden, sondern daß sie der moralische Leitfaden einer Verpflichtung sind, die wir vor unserem Gewissen und vor der Geschichte eingegangen sind."

Die späteren Ereignisse zeigten klar auf, daß Herr Allende und die Volksfront nicht aufrichtig waren, als sie diese Verpflichtung eingingen. Herr Allende selbst gab dies kurze Zeit später in einem Interview mit dem französischen Journalisten Régis Debray zu, dessen Inhalt in der Zeitschrift Punto Final vom 16. März 1971 veröffentlicht wurde. Auf die Frage von Debray, "ob es unerlässlich war, diesem Statut der demokratischen Garantien zuzustimmen," antwortete Herr Allende: "Doch, aus diesem Grunde taten wir es. Ich bin weiterhin davon überzeugt, daß es richtig war, dieses Garantienstatut abzufassen. Versetze Dich in die Zeit, in der dieses Statut abgefaßt wurde, dann wirst Du es als eine taktische Notwendigkeit verstehen. Lese es und vergleiche es mit unserem Regierungsprogramm und Du wirst zu der Schlußfolgerung gelangen, daß wir nicht ein einziges Komma unseres Programms verändert haben. Damals war das Wichtige, an die Regierung zu kommen."

Die Sozialistische Partei qualifizierte ihrerseits im Verlauf ihres Kongresses, der drei Monate später, Ende Januar 1971, stattfand, dieses Statut als einen Versuch, um vermittels der Forderung der sogenannten demokratischen Garantien Zeit zu gewinnen, die Erfüllung des Programms zu blockieren und die Volksregierung inaktiv zu machen. Bei der gleichen Gelegenheit klagte die Sozialistische Partei über die "innerhalb der Volksfront gegebenen Widersprüche unter den bestehenden Klassen, wegen ihrer politischen Zusammensetzung, die "eine Vielklassenzusammensetzung" ist, deren Wesen in der Regierung zum Ausdruck kommt, in der Strömungen aus der Arbeitnehmerschaft, dem Kleinbürgertum und dem Bürgertum zusammenfließen. Sie fuhr fort, daß die Grundlage für den Erfolg die Verschärfung des Klassenkampfes sei, wofür sie vorschlug, die Volksfrontausschüsse zu neuem Leben zu erwecken und sie im neuen Staat in Instrumente der politischen Macht der Arbeitermassen umzuwandeln. Sie fügte an, daß "die besonderen Bedingungen, unter denen die Volksfront an die Regierung gekommen sei, sie im Augenblick dazu zwingen, mit einer Fülle von Beschränkungen in einem "Bürgerlichen Staat mitzuarbeiten" und zeigte die Vorbedingungen auf, die erfüllt

werden müssen, damit die Sozialistische Partei sich selbst und die Massen für die entscheidende Auseinandersetzung mit dem Bürgertum und dem Imperialismus vorbereitet. Wir anerkennen, daß diese Auseinandersetzung Teil des allgemeinen Rahmens eines revolutionären Kampfes in Lateinamerika und in der ganzen Welt darstellt und unser Vorgehen ist innerhalb dieser allgemeinen Perspektiven angesiedelt."

Aus diesen Texten sowie ausführlichen und wörtlichen Erklärungen der Sozialistischen Partei ist klar zu entnehmen, daß für die Führungspersönlichkeiten der Volksfront "die bürgerliche Institutionalität", wie sie das demokratische politische System nannten, nur ein Hindernis für ihre Aktion sein konnte. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sie ständig versuchten, gegen diese Institutionalität vorzugehen.

## 2. Die Regierung verletzt die demokratischen Garantien

Seit die Volksfront die Regierung übernahm, stellte sich in immer klarerer Art und Weise ihre Absicht dar, zu jedem Preis die gesamte Macht zu erringen, unter absoluter Geringschätzung der in der politischen Verfassung verankerten demokratischen Garantien.

Mit der entschlossenen Unterstützung der Sozialistischen Partei und den ultralinken Gruppen, mit dem Komplizenhaften Schweigen der übrigen Regierungsparteien und ohne daß die Regierung etwas dagegen unternommen hätte, begann ein Prozeß des Sektarismus, der Verfolgungen und offenen Angriffe auf die wesentlichen Grundsätze des demokratischen Zusammenlebens, der das Land in ein Klima der Gewalt und der Illegalität führte.

Die fortschreitende Kontrolle über die Massenmedien, die Besetzung landwirtschaftlicher Areale, von Gebäuden, Wohnungen und Industrieunternehmen, Aktionen zur Übernahme der Kontrolle der Universitäten, Verfolgung der Organisationen gewerkschaftlicher Natur, der Bauern, der Bewohner der Elendsviertel, der Studenten- und Frauenorganisationen, die nicht der Volksfront ange-

hörten, haßerfüllte Diskriminierung von Akademikern, Technikern und anderen Angestellten innerhalb der öffentlichen Verwaltung und der staatlichen Unternehmen, falls sie nicht der Volksfront angehörten, eine ständige Diffamierungskampagne gegen Führungspersönlichkeiten der Oppositionsparteien, ganz besonders gegen die Christliche Demokratie und Eduardo Frei -dies alles waren die Anfangssymptome des Verhaltens der Regierung.

Ergebnis dieser Kampagne war der am 8. Juni 1971, kaum 7 Monate nach Übernahme der Regierung durch Allende, begangene <sup>arglistige</sup> Mord an dem christlich-demokratischen Politiker, Ex-Minister des Präsidenten Frei und Ex-Vizepräsident der Republik, Edmundo Pérez Zujovic, ausgeführt von Mitgliedern einer ultralinken Gruppe, Organisierte Vorhut des Volkes genannt, die sofort nach Übernahme des Präsidentenamtes begnadigt wurden und auf die erklärte Sympathie der Polizeiorgane der Volksfrontregierung zählen konnten. Selbst der Präsident der Republik, Herr Allende, versuchte während einiger Tage, dieses Verbrechen der Ultrarechten anzuhängen und weigerte sich, dessen tatsächlichen Ursprung zuzugeben.

Kurze Zeit später, am 28. Juni 1971 veröffentlichten die Zeitungen Santiagos einen Brief von Radomiro Tomic, in dem wörtlich ausgeführt ist: "Die These von der Einheit des Volkes, wie sie von der Christlichen Demokratie während des Präsidentschaftswahlkampfes dargestellt und bei verschiedenen Gelegenheiten großer politischer Bedeutung von den Vorständen, unter dem Vorsitz der Senatoren Prado und Irureta, wiederholt wurde, ist von der Volksfront nicht akzeptiert und, hier und da, klar zurückgewiesen worden. Es ist diese negative Haltung, zusammen mit dem haßerfüllten Sektarismus, der die Handlungsweise zahlreicher Vertreter der Regierung und der Volksfront bestimmt haben, worin außerdem die Hauptursache und die erste Verantwortlichkeit für den wachsenden Antagonismus zwischen der Christlichen Demokratie und der Volksfront zu sehen ist. Es muß für alle klar sein, wenn die Regierung es vorzieht, die Christliche Demokratie in der Opposition zu sehen, dann wird die CDP in der Opposition sein und in loyaler, aber entschlossener Weise, Oppo-

sition üben. Daß die Einheit des Volkes eine vaterländische Notwendigkeit und eine unerläßliche Forderung für jeden revolutionären Prozeß in der derzeitigen chilenischen Realität darstellt, kann unter keinen Umständen bedeuten, daß die Christliche Demokratie Harakiri begeht und sich damit abfindet, unterzugehen, weil dies der Wunsch der Volksfront ist.

Die Fortsetzung und Verschärfung dieser systematischen Angriffe und Verletzungen der Verfassungsgarantien zwangen die CDP, Mitte Dezember 1971, nachdem kaum ein Jahr der Volksfrontregierung vorbei war, gegen den Innenminister, Herrn José Tohá, aufgrund einer offenen Zuwiderhandlung gegen die Verfassung und die Gesetze, eine Verfassungsklage anzustrengen. Besagte Klage gründete sich vor allem auf folgende Zuwiderhandlungen:

- a) Die Existenz von illegalen bewaffneten Gruppen, was klar die Verfassungsbestimmungen verletzte, die die Gewalt den Instituten des Heeres, der Marine, der Luftwaffe und der Polizei zuerkennt. Diese Mißachtung wurde begangen mit einwandfreier Komplizenschaft der Regierungsbehörden.
- b) Wiederholte Verletzungen des Versammlungsrechtes, die seitens der Regierung in diskriminierender Art und Weise gegen Bauern, Studenten, Bewohner der Elendsviertel, Arbeiter, Frauen und Mitglieder der Oppositionspartei vorgenommen wurden.
- c) Zuwiderhandlungen im Bereich der Massenmedien, die z.B. durch den Versuch der Regierung zum Ausdruck kamen, sich der wichtigsten Massenmedien zu bemächtigen, jene wirtschaftlich zu ersticken, die nicht in ihrer Gewalt waren, in illegaler Weise die Radiostationen der Opposition, wie die der CDP, zu schließen und den nationalen Fernsehkanal als Instrument der Propaganda und zur Verteidigung der marxistischen Ideologie zu benutzen, unter klarer Verletzung der gültigen Bestimmungen, die verhindern sollen, daß das nationale Fernsehen in den Dienst irgendeiner Ideologie gestellt wird.
- d) Angriff auf die Unabhängigkeit der Nachbarschaftsvereinigungen und der Bauernorganisationen.

Als in einer Massenversammlung am 16. Dezember 1971 im Nationalstadion der damalige Präsident der Christlich-Demokratischen Partei, Senator Renán Fuentealba diese Klage ankündigte, sagte er: "daß es sich darum handelte, die sich immer mehr zeigende Tendenz der Regierung abzubremsen, nämlich Wege zu beschreiten, durch welche ein Regime der Gewalt, der Unterdrückung und der totalitären Diktatur in unser Vaterland eingeführt werden sollte. Was erleben wir denn?" fragte sich der Senator Fuentealba und fuhr fort: "ein dunkler, oft außerhalb der Legalität ablaufender Prozeß versucht die Grundlagen eines traditionellen Sozialismus, Abklatsch des klassischen sozialistischen Modells, zu schaffen, das unvereinbar ist mit der demokratischen Struktur. Von daher die erklärte Absicht, schnell und unter Umgehung des Gesetzes und des Willens der Chilenen ein Staatsregime zu schaffen, in dem langsam, wie ein Monstrum, der neue Herr und Allmächtige, der totalitäre Staat, der alles absorbiert, ans Licht des Tages tritt." Er fügte hin: "in unserem Lande gibt es viele, die sich anschicken, der chilenischen Demokratie einen tödlichen Schlag zu versetzen. Diese sitzen wie Zysten in den Reihen der eigenen Regierung, von wo aus sie alles unternehmen, um die Bedingungen zu schaffen, die einen eigenen Staatsstreich oder die gewaltsame Übernahme der Macht rechtfertigen. Sie tun dies in freier und offener Art und Weise, ohne Heimlichkeiten und Scheinheiligkeiten in den revolutionären Bewegungen der Ultralinken, die die Gewalt unterstützen, um an die Macht zu kommen. Sie tun dies, in den Bereichen der Ultrarechten, sicherlich ermutigt durch die Imperialisten und sie tun dies in den Organisationen, die sich selbst als Erben des Hitlernazismus ausgeben."

Weiterhin sagte der Senator Fuentealba: "Wir sind nicht in dieser Massenversammlung zusammengekommen, um die gescheiterte Wirtschaftspolitik der Regierung zu kritisieren, noch um unseren Widerstand gegen die angestrebten Veränderungen zum Ausdruck zu bringen, weil wir für diese sind. Wir haben uns auch heute und hier nicht versammelt, um das Land in einen Bürgerkrieg zu treiben. Diese Klage hat nichts zu tun mit gewissen wirtschaft-

lichen Maßnahmen der Regierung, obwohl viele von ihnen willkürlich getroffen wurden. Sie hat auch nichts damit zu tun, daß die allgemeine Wirtschaftspolitik das Land in eine chaotische Lage gebracht hat und im Herzen tausender von Chilenen, die produzieren und arbeiten, ein Gefühl der Unsicherheit und der Angst hervorrief, was ausschließlich Schaden für sie selbst, für ihre Familien und für Chile mit sich bringt."

Er fügte hinzu: "was uns vor allem interessiert, ist die demokratischen Rechte unversehrt aufrecht zu erhalten, ebenso das freie Spiel der politischen Kräfte, das Recht, sich eine Meinung zu bilden und diese zum Ausdruck zu bringen, diese Meinungen anderen mitzuteilen durch den Zugang zu allen Massenmedien. In kurzen Worten: "Was uns interessiert, ist die Einhaltung der Verfassungsgarantien, die in einem gemeinsamen Abkommen mit Herrn Allende und der Volksfront ausführlich dargestellt und in unsere politische Verfassung eingegliedert wurden. Wir haben oft den Dialog und die parlamentarische Kritik gesucht, mit dem Ziel, über diese Wege die Einhaltung der Verpflichtungen zu erreichen, deren Abschluß und Annahme seitens des Herrn Allende und der Volksfront die bestimmende Ursache für unsere Unterstützung im Kongreß bei der Nominierung Allendes zum Präsidenten Chiles waren. Man hat uns Versprechen gegeben, aber die Zeit ist vergangen und sie wurden nicht eingehalten. Man hat unsere Ernsthaftigkeit mit Schwäche verwechselt und seitens der Regierung selbst und durch ihre Mitglieder hat man gegen uns gearbeitet, mit dem Ziel, uns materiell und moralisch zu zerstören.

Die Klage wurde angestrengt und durch die Abgeordnetenkammer und den Senat der Republik, in Anwendung ihrer verfassungsmäßigen Rechte, angenommen. Der Minister, Herr Tohá, wurde abgesetzt.

Es ist notwendig, daran zu erinnern, daß in jenen Tagen die Nationalpartei, eine rechte Partei, eine Verfassungsklage gegen den Wirtschaftsminister, Herrn Pedro Vuskovic, wegen seiner Wirtschaftspolitik, angestrengt hat. Um klar zum Ausdruck zu bringen, daß ihre Haltung nicht zum Ziel hatte, bestimmte Wirtschaftsinteressen zu verteidigen oder sich dem Sozialisierungs-

prozeß der chilenischen Wirtschaft entgegenzustellen, sondern ausschließlich "den Wandel tatsächlich unter Wahrung des Rechtes zu betreiben", mit dem Kriterium, daß nur "die Demokratie die Demokratie retten wird", versagte die Christliche Demokratie der Klage gegen Vuskovic ihre Unterstützung.

3. Der Angriff auf die anderen Staatsgewalten

Sofort nachdem der Senat Herrn Tohá von seinem Amt als Innenminister entbunden hatte, ernannte ihn Präsident Allende in einem Akt offener Herausforderung des verfassungsmäßigen Staatwesens zum Verteidigungsminister. Die politische Verfassung sagt klar aus, daß der Minister, gegen den sich im Rahmen einer Verfassungsklage der Senat mit absoluter Mehrheit seiner Mitglieder ausgesprochen hat, von seinem Amt entbunden ist. Obwohl dies nicht ausgeführt wird, ist es offensichtlich, daß er nicht wieder ernannt werden kann, um ein anderes Ministeramt zu übernehmen und somit besagte Ernennung eine Verhöhnung der Rechte und der Entscheidungen der gesetzgebenden Körperschaft bedeutet.

Der Triumph der Opposition in den Ergänzungswahlen im Januar 1972, nämlich ein Senator für die Provinzen O'Higgins und Colchagua und ein Abgeordneter für Linares, änderte die Haltung der Regierung nicht. Sie fuhr entschlossen fort, ihr eigenes Modell durchzusetzen, unter absoluter Geringschätzung der Meinung der Mehrheit der Chilenen.

In diesem Bestreben und in der Fortsetzung der vorher beschriebenen Verfahrensweisen, die die Verfassungsklage gegen den Minister Tohá verursacht hatten, nämlich die Kontrolle der Massenmedien, Diskriminierung in der Ausübung der Rechte und Freiheiten, Verfolgung oppositioneller Gruppen, Diffamierungskampagnen, Benutzung illegaler Verfahrensweisen zur Verstaatlichung der Wirtschaft unter Umgehung des Nationalkongresses, äußerte sich eine absolute Geringschätzung des Nationalkongresses, der Rechtlichen Gewalt und des Obersten Verfassungsgerichtes der Republik.

In ihrem Programm hatte die Regierung die Schaffung von drei

Bereichen in der Wirtschaft angekündigt: den Bereich des sozialen, des gemischten und des privaten Eigentums.

Wiederholt hatte sie die Absicht bekundet, durch Gesetz den Anwendungsspielraum und die Normen festzulegen, die für jeden dieser Bereiche gelten sollten. Anstatt dem Kongreß einen Gesetzentwurf vorzulegen, verfuhr die Regierung in Wirklichkeit selbständig, wobei sie sich, in offen mißbräuchlicher Art, unter klarer Machtverletzung und Verdrehung der Inhalte der Gesetze, verwaltungsmäßige Zuständigkeiten für die Intervention und Beschlagnahmung von Unternehmen aneignete, um sie den Eigentümern wegzunehmen und die Kontrolle über sie zu übernehmen, ohne nach großen, mittleren oder kleinen Unternehmen zu unterscheiden. Diesem Verfahren ging allgemein eine "Bemächtigung" oder Besetzung durch Gruppen von Arbeitern oder sogar unternehmensfremden Personen voraus. Dieses Verfahren wurde sowohl auf dem Lande, die mittlere landwirtschaftliche Güter betreffend, die noch nicht von der Agrarreform betroffen waren, angewendet, wie auch in Industrie- und Handelsunternehmen.

Diese Verfahrensweise erfuhr den Widerstand des Obersten Verfassungsgerichtes der Republik, eines Verfassungsorgans, das durch das chilenische öffentliche Recht zur Kontrolle der Legalität und Verfassungsmäßigkeit der Akte der Verwaltung eingesetzt wurde. Wiederholt wies das Verfassungsgericht die Dekrete für Interventionen und Beschlagnahmungen zurück und erklärte sie als nicht vereinbar mit den Gesetzen. Trotzdem hielt die Regierung besagte Maßnahmen aufrecht oder benutzte, wie in einigen Fällen bekannt, den Weg des sogenannten "Beharrlichkeitsdekrets", das an sich ein Ausnahmeverfahren sein sollte, um der Regierung in besonderen Fällen und unter Übernahme der vollen Verantwortung für ihre Entscheidung die Möglichkeit gibt, eine Maßnahme trotzdem durchzuführen, selbst wenn sie von dem Obersten Verfassungsgericht der Republik als illegal bezeichnet wurde. Da Präsident Allende die Entscheidung des Kongresses, seine Minister für abgesetzt zu erklären, nicht respektierte, da er sie gleich wieder mit der Übernahme anderer Ministerien

betraute, blieb besagte Verantwortlichkeit für den Fall der Anwendung des Beharrlichkeitsdekrets illusorisch und ohne jede Wirksamkeit.

Um die Verschärfung dieser Situation nicht zuzulassen und die Rechte des Parlaments zu schützen, aber auch aufgrund der Tatsache, daß die Regierung ihre wiederholten Versprechen nicht einhielt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Abgrenzung der Bereiche der Wirtschaft vorgenommen hätte, ergriff die CDP eine Initiative zur Verfassungsreform, die von den Senatoren Renán Fuentealba, dem Präsidenten der Partei, und Juan Hamilton, eingebracht wurde. Folgende wesentliche drei Prinzipien wurden darin aufgestellt:

- a) daß für den Übergang von Unternehmen des privaten Bereichs in den sozialen oder gemischten Bereich eine Ermächtigung der Legislative notwendig ist;
- b) daß in allen Unternehmen die Arbeitnehmer eine wesentliche Beteiligung an der Unternehmensleitung haben sollten;
- c) daß die Ausnahmemechanismen für die Beschlagnahmung oder Intervention, aufgrund rein administrativer Entscheidungen, lediglich einen zeitlich begrenzten Charakter haben und nicht als Mittel zur Verstaatlichung oder Sozialisierung von Unternehmen benutzt werden können.

Dieser Entwurf zur Verfassungsreform, der von beiden Kammern des Kongresses angenommen wurde, war der Anlaß für zahlreiche Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der Republik und der Christlichen Demokratie, sowohl während der Behandlung des Entwurfes wie auch nach seiner Annahme, deren Ziel es war, über gewisse Normen, die es erlauben sollten, eine demokratische Sozialisierung der Wirtschaft vorzunehmen, zu einem Einvernehmen zu kommen, das dann anschließend verabschiedet werden sollte. Alle diese Unterfangen scheiterten, da die Regierung und vor allem die Sozialistische Partei, ihr wesentlichster Mentor, sich jeder Lösungsformel verschlossen, in der Absicht, zu jedem Preis

ein zentralistisches, bürokratisches und totalitäres Modell einzuführen, außerhalb jeder Kontrolle durch die Legislative und jeder demokratischen Beteiligung der Arbeitnehmer. Während der Kongreß über diese Punkte debattierte und besagte Verhandlungen stattfanden, ging der Prozeß der Verstaatlichung der chilenischen Wirtschaft weiter, ohne Rücksicht auf das Parlament oder die Gesetze.

Parallel dazu wurde die Geringschätzung der Entscheidungen der Gerichte immer offener. Die richterlichen Entscheidungen wurden oft nicht ausgeführt, die Appelle der Gerichte an die Verwaltungsbehörden, die Urteile unter Anwendung öffentlicher Gewalt zur Durchführung zu bringen, selbst in Angelegenheiten des Strafrechts, wurden nicht gehört und die Gerichte verwandelten sich in Opfer einer haßerfüllten Kampagne der Ehrabschneidung und Verleumdung.

Gleichzeitig verfestigte sich die Bildung bewaffneter Gruppen und die Entwicklung eines Klimas der Gewalt im ganzen Lande, das am Ende des zweiten Jahres der Regierung Allende zu mehr als 50 Morden geführt hatte, die durch extremistische Gruppen, vor allem der Ultralinken, ausgeführt wurden.

Angesichts dieser Situation legte die Christliche Demokratie durch den Senator Juan de Dios Carmona einen Gesetzentwurf zur Waffenkontrolle vor, um somit den Streitkräften Zuständigkeiten zu geben für die Einziehung illegal zurückgehaltener Waffen.

Die Situation, in der sich am Ende des zweiten Jahres der Regierung Allende das Land befand, wurde ausführlich von der CDP in der Vollversammlung des Nationalrates zu Beginn des Monats Dezember 1972 dargestellt. Der Parteipräsident, Senator Renán Fuentalba, sagte in seinem Bericht, daß "die innere Lage Chiles nicht schlechter sein kann, sowohl im politischen, wie auch wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich. Allgemein gesehen kann man überall von einer immer mehr zutage tretenden Tendenz zum Totalitarismus, zum absolutistischen Zentralismus eines Staates sprechen, der von vielfach inkompetenten und unfähigen, wenn nicht sogar offen unmoralischen, Bürokraten ge-

führt wird. Es besteht das klare Vorherrschen des Marxismus in der Führung des Prozesses hin zur Diktatur, wofür die Mitarbeit von Elementen anderer Parteien gesucht wird, die man mit einem Machtanteil zufriedenstellt, der ihnen die Erfüllung kleinerer Ansprüche ermöglicht, ihnen ein bequemes Leben verschafft, aber keinen Einfluß auf die wesentliche Führung des Prozesses erlaubt." Senator Fuentealba fügte hinzu: "es gibt keinen tatsächlichen Übergang der Macht auf die organisierten Arbeitnehmer. Es werden die Zwischenorganisationen wie die Familie, die Gewerkschaft, die Genossenschaft, die Gemeinde oder die Region nicht gestärkt. Alles soll vom Staat absorbiert werden. Die Mittel, um das zu erreichen, spielen keine Rolle. Man verletzt die Verfassung und das Gesetz, man untergräbt das Ansehen der anderen Staatsgewalten und des Obersten Verfassungsgerichtes der Republik und man erlaubt die Besetzung der Güter bescheidener Eigentümer. Die Regierung ist bestrebt, sich die unverdiente Repräsentation des ausgebeuteten Volkes anzueignen und in willkürlicher und diskriminierender Art die Opposition mit gewissen Interessen zu identifizieren, um das Land in feindliche und unversöhnliche Blöcke aufzuteilen. Es wird der Sektarismus und der Haß gefördert, die Lüge wird zu einem Instrument der politischen Aktion und die Gewalt spitzt sich immer mehr zu. Der Dialog und die Verhandlung werden unmöglich, man verliert jede demokratische Rationalität und der Konflikt wird permanent."

Einstimmig wurde bei dieser Sitzung eine Erklärung angenommen, die die Realität Chiles in folgenden Punkten ausweist:

"Der Verlauf, den die Regierung nahm:

Am Ende des zweiten Jahres der Regierung der sogenannten Volksfront spürt das chilenische Volk am eigenen Körper die bedauerlichen Ergebnisse ihrer Politik. Das wirtschaftliche Desaster, die aufgrund der totalitären Bestrebungen hervorgerufene Vergiftung unseres nationalen Zusammenlebens durch den Haß, die Lüge und die Gewalt und den fortschreitenden Abbau der demokratischen Institutionen, führen Chile in die Zerstörung.

Anstatt des Paradieses, das die Regierung durch die Täuschung mit den "40 Maßnahmen" versprach, zeigt das tägliche Leben ein Bild der Krise und des Scheiterns, das die Mehrheit der Chilenen in Angst und Schrecken versetzt. Die Inflation - der man ein Ende machen wollte - zerstört von einem Tag zum andern die Kaufkraft der Löhne und Gehälter, und zwar mit einer nie in Chile gekannten Schnelligkeit. Die Knappheit und der Schwarzmarkt verwandeln die Aufgabe der Hausfrauen, ihre Familien mit dem Notwendigsten zu versorgen, in eine wahre Tortur. Die Landwirtschaft ist zusammengebrochen und die Bevölkerung auf dem Lande weitgehend verarmt und demoralisiert. Im nächsten Jahr wird Chile Nahrungsmittel im Gesamtwert von US-Dollar 700.000.000 einführen müssen, was praktisch die Einnahmen aus dem Kupferexport des Landes ausmacht. Dieser wichtige Rohstoff unseres Landes, paradoxerweise der "Sold Chiles" genannt, wird aufgrund der Unfähigkeit und des Sektarismus der "neuen Männer" in unverantwortlicher Weise verschwendet. Die Durchführung von öffentlichen Bauarbeiten, Wohnungs- und Schulbau, stagniert. Es werden keine neuen Industrien geschaffen, ebensowenig neue Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit wird dadurch versteckt, daß man die Büros der öffentlichen Dienste, Fabriken und Niederlassungen mit Leuten überfüllt, die für das "Nichtstun" verpflichtet wurden und denen, die arbeiten wollen, die Arbeit nur schwer machen. Die Reserven an ausländischen Währungen, die von der christlich-demokratischen Regierung angesammelt wurden, um für die Entwicklung Chiles eingesetzt zu werden, flossen in Ausgaben für den Konsum und - wie der Präsident zugab - haben so abgenommen, daß sie noch nicht einmal eine "Schüssel zum klingen bringen". Unsere Währung hat in unvorstellbarer Weise an Wert verloren. Der Haushalt bewegt sich in Stratosphärenhöhen, die Defizite sind außerordentlich hoch. Der Dialog zwischen den Chilenen wurde ersetzt durch Dreistigkeit, Bedrohung und physischer Gewalt. Wer eine andere Meinung hat, wird beschimpft und verfolgt. Man achtet weder Personen noch Organisationen. Die Verfassung und die Gesetze werden mißachtet und verhöhnt. Die

Institutionen des Staates, die nicht von der Regierung kontrolliert werden, sind Ziele einer systematischen und bösartigen Kampagne der Untergrabung des Ansehens. Man kann Chile kaum mehr wiedererkennen. Totalitäre Staatlichkeit: Trotz ihrer Ankündigungen, einen "chilenischen Weg" der Schaffung des Sozialismus gehen zu wollen und ohne ihre wiederholten Versprechen für "Demokratie, Pluralismus und Freiheit" einzulösen, hat das Regime der sogenannten Volksfront unter Vorsitz des Herrn Allende mit absolutem Mangel an Ursprünglichkeit und totaler Unkenntnis der Realität und Eigenart Chiles lediglich den Versuch unternommen, in unserem Land ein totalitäres staatsbetontes Modell ausländischen Musters einzuführen. Angetrieben durch die bekannten Bestrebungen der Kommunisten und Sozialisten, die gesamte Macht auf sich zu vereinigen, war die gesamte Handlungsweise der Regierung darauf bedacht, die gesamte politische, wirtschaftliche und soziale Macht in einen allmächtigen und von der marxistisch-leninistischen Bürokratie verwalteten Staat zusammenzufassen. Von daher ihre Geringschätzung der Verfassung und der Gesetze, ihre Gewohnheit, den Nationalkongreß zu umgehen, ihr erregter Groll gegen die Institutionen des Staates, die sie verächtlich "bürgerlich" nennen. Von daher ihr Versuch, sich im guten oder im bösen der gesamten Wirtschaft des Landes, ohne Unterschied, ob es sich um große, mittlere oder kleine Unternehmen handelt, zu bemächtigen. Von daher ihr deutliches Vorhaben, alle gesellschaftlichen Organisationen zu kontrollieren und diejenigen zu zerstören, die nicht bereit sind, sich bedingungslos zu ihnen zu bekennen.

Selbst die positiven Initiativen der derzeitigen Regierung, wie z.B. die Vervollständigung der Verstaatlichung des Kupfers und der Agrarreform, die unter der vorherigen Regierung begonnen wurde, die Verstaatlichung des Bankenwesens und die Schaffung des sozialen Bereichs der Wirtschaft, wurden so, durch den Klassenhaß, den Sektarismus, die Unfähigkeit, das Machtstreben und den bürokratischen Staat zum Scheitern verurteilt und in ihrer Wirkung gelähmt. Anstatt die Macht der nationalen Gemeinschaft

zu übertragen, die durch ihre Basisorganisationen vertreten ist, haben sie ganz einfach versucht, über die Staats- und Parteienbürokratie alles in die Hände der Regierung zu legen.

Die Demokratie rettet die Demokratie: wenn in Chile immer noch die Demokratie besteht und bisher die totalitäre Diktatur noch nicht endgültig eingeführt wurde, so nicht wegen eines großzügigen Zugeständnisses der Regierung, sondern weil diese es nicht vermochte, die Chilenen zu versklaven. Sie stieß auf den freiheitlichen Geist unseres Volkes, auf den Stolz der Arbeitnehmer, den Mut der Frauen, den edlen Idealismus der jungen Menschen, auf die Unabhängigkeit, Rechtschaffenheit und Loyalität des Nationalkongresses, der Rechtlichen Gewalt, der Streitkräfte und des Obersten Verfassungsgerichtes der Republik, den verfassungsmäßigen Pflichten gegenüber, auf den Widerstand der Berufsstände und der gesellschaftlichen Organisationen, auf die mutige Stimme der dreien Journalisten und den entschlossenen Kampf der demokratischen Parteien, insbesondere der Christlichen Demokratie.

Ausdruck dieses Bürgergeistes war der Erfolg anlässlich der nationalen Arbeitsniederlegung im vergangenen Oktober, der sich große Bereiche der chilenischen Bevölkerung anschlossen. Die Christliche Demokratie unterstützte dieses Ereignis mit allen ihren Kräften, da die Argumente gerecht waren und sie die Absicht verfolgte, für den Konflikt eine demokratische Lösung zu finden und damit die Regierung zu zwingen, ihre allein getroffenen Maßnahmen zu revidieren.

Die politische Auswirkung besagter Arbeitsniederlegung brachte den kollektiven Rücktritt des Kabinetts und die Bildung eines neuen mit sich, dem drei Repräsentanten unserer Streitkräfte angehörten, was einen demokratischen Sieg bedeutete, dessen Bedeutung nicht verkannt werden darf.

Die Mißachtung ihrer wahren Verpflichtungen, ein Merkmal der Regierungsparteien, die täglich in den Aktionen dem widersprechen, was sie in Worten sagen, äußert sich in der Verfolgung und der Ausübung von Repressalien gegenüber vielen Beamten, Angestellten,

Akademikern, Transportunternehmern und Kaufleuten, die an der Arbeitsniederlegung teilnahmen. Über ihren nationalen Vorstand hat die Christliche Demokratie alle notwendigen Schritte unternommen, insbesondere beim Innenminister General Carlos Prats, damit diesen Willkürmaßnahmen ein Ende gesetzt wird. Wir wissen um das Anliegen, Gerechtigkeit walten zu lassen, den Frieden wieder herzustellen und sein Soldatenwort einzulösen, das den Herrn General auszeichnet, und wir vertrauen darauf, daß er in Kürze die Hindernisse, die sich ihm in den Weg stellen, ausmerzen kann. Sollte dem nicht so sein, wird unsere Partei alle Mittel, die die Verfassung und die Gesetze ihr geben, ausschöpfen, um den Verfolgten Schutz zu gewähren und die schuldigen Behörden wirksam zur Verantwortung zu ziehen.

Infragestellung der Regierung: Bei diesem Stand der Dinge wird die Tätigkeit der derzeitigen Regierung in umfassender Weise von allen Chilenen, selbst in ihrer moralischen Kategorie, in Frage gestellt.

Das chilenische Volk akzeptiert weder die Ziele noch die Verfahrensweise, mit denen das Land in einen totalitären Staat umgeformt werden sollte, durch einen Prozeß, dessen sichtbare Resultate lediglich einen unheimlichen und fürchterlichen Rückschritt unseres Landes in seinem Lebensstandard, in seiner wirtschaftlichen Entwicklung, in seinem demokratischen Zusammenleben und in seiner nationalen Einheit bedeuteten.

Die Politik der Regierung wird so sehr vom Volk abgelehnt, daß sie sich zu ihrer eigenen Erhaltung hinter die Streitkräfte verschanzen mußte.

Die Christliche Demokratie bekräftigt ihr Vertrauen darauf, was schon früher von ihrem Vorstand zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Mitgliedschaft der drei Minister, die aus den Streitkräften kommen, im Kabinett eine weitgehende Änderung der Regierungspolitik hervorrufen wird. Wir glauben fest an die von General Prats anlässlich seines Eintritts in die Regierung getroffenen Aussagen, daß die Streitkräfte keine politischen Verpflichtungen eingehen, es sich vielmehr, im Sinne der Erreichung des sozialen

Friedens und der Eintracht unter den Chilenen, um eine Mitwirkung zum Wohle des Vaterlandes handelt. Darunter verstehen wir, daß ihre Aufgabe in der Regierung die sein wird, die schon bei der Bildung des derzeitigen Kabinetts angesprochen wurde: nämlich auf der Grundlage der vollen Achtung der Verfassung und der Gesetze die Normalität wieder herzustellen und dem Land eine saubere, korrekte und wirklich freie Abwicklung des Wahlprozesses zu sichern, in welchem das chilenische Volk im kommenden Monat März aufgerufen ist, über sein Schicksal zu entscheiden.

#### 4. Die allgemeinen Wahlen im März 1973

Unter diesen Gegebenheiten fanden am ersten Sonntag des Monats März d.J. die allgemeinen Parlamentswahlen statt. Sie trugen klar den Charakter einer Volksabstimmung zwischen denen, die die Regierungspolitik unterstützten und jenen, die eine Änderung derselben forderten.

Um die Wahlposition seiner Anhänger zu begünstigen, kündigte der Präsident der Republik zu Beginn des Jahres 1972 seine Absicht an, die Bildung einer Einheitspartei, die sich aus allen Teilen der Volksfront zusammensetzen sollte. Angesichts dieses Vorhabens schlug die Christliche Demokratie eine Änderung des allgemeinen Wahlgesetzes vor, entsprechend der jede Partei sich unabhängig den Wahlen stellen sollte, um ein System von Wahlbündnissen auf der Grundlage von Parteienkombinationen unter Beibehaltung getrennter Listen zu ermöglichen. Dieser Entwurf wurde von der Volksfront und vom Nationalkongreß angenommen. In der Zwischenzeit allerdings erhielten die Regierung und die Rechtsgruppen vom Wahlprüfgericht ein Auslegungsurteil des gültigen Gesetzes, dementsprechend es möglich wäre, föderierte oder konföderierte Parteien zu bilden. Unter Anwendung dieser Möglichkeit ließen die Volksfront und die Regierung von ihrer vorherigen Übereinkunft ab und der Präsident der Republik sprach dem Entwurf über Wahlbündnisse sein Veto aus. Dafür wurde die Föderation der Parteien der Volksfront geschaffen, was uns dazu

zwang, mit dem Rest der Oppositionsparteien eine Einigung zu erzielen, nämlich mit der Nationalpartei, der Partei der Radikalen Linken, der Radikaldemokratischen Partei, der Nationaldemokratischen Partei, und zwar eine Konföderation der Demokratischen Opposition.

Die Wahl, die unter Kontrolle der Streitkräfte durchgeführt wurde, brachte 56,5 % für die Opposition und 43,5 % für die Regierung. Die Christliche Demokratie erhielt die Bestätigung, erste politische Kraft des Landes zu sein. Obwohl die Wahl nach außen hin korrekt erschien, ereigneten sich doch die größten Wahlinterventionen, die die Geschichte des Landes je erlebt hatte. Der Präsident der Republik war Chef der Wahlkampagne der Volksfront und stellte die gesamte Macht des Staates mit seiner wirtschaftlich-administrativen Maschinerie und den Möglichkeiten der Druckausübung in den Dienst der Kandidaten der Volksfront.

In einer Aussage über die Bedeutung dieser Wahl sagte die Vollversammlung des Nationalrates der CDP in einer Sitzung Anfang April d.J. wörtlich: "Die kürzlich stattgefundene Parlamentswahl hatte den Charakter einer Volksabstimmung mit dem Urteil der Mehrheit, daß die Regierung eine schlechte Politik geführt hat. Entsprechend den demokratischen Normen hat die Opposition das Recht und jetzt noch mehr Berechtigung, um von der Regierung eine tiefgreifende Änderung ihrer Verfahrensweisen und Ziele zu verlangen, damit die vernichtenden Folgen dieser Politik, die die Mehrheit des Landes abgelehnt hat, vermieden werden können.

Die CDP bestätigt einmal mehr ihr Urteil, daß die derzeitige Regierung in ihrer Gesamtheit und durch die Handlungsweise ihrer wesentlichsten Gruppen eine fortschreitende Bedrohung für die demokratische Ordnung in Chile darstellt. Ihre Ziele und Methoden bringen uns in gefährlicher Weise in die Nähe des Modells der totalitären Staaten, wo die Macht in ihrer Gesamtheit auf einer Bürokratie ruht, die von einem diktatorischen Parteienapparat gehalten wird, die die Rechte der Bürger untergräbt und das ganze Volk in Formen einer unmenschlichen Unterdrückung drängt.

Die CDP hat wiederholt diese totalitären Entgleisungen angeklagt und einige kürzlich eingetretene Ereignisse bestätigen dieses Urteil: nämlich die Absicht und der Wille, das Wahlergebnis, das die Volksfront in der Minderheit beließ und den Niedergang der Regierungsparteien bei den eigenen Anhängern deutlich macht, zu verdrehen, die Wiederholung der gewohnten Handlungsweise der Regierung, die chilenische Politik unter Anwendung von ablehnungswürdigen Methoden zu beurteilen, wie z.B. die Benutzung von Beschimpfungen und Verleumdungen gegen alles, was ihnen zur Furcht Anlaß gibt und entschlossen ist, für die Freiheit zu kämpfen, handele es sich um Parteien oder Personen; die moralische Komplizenschaft, die sich in der Duldung von Morden an andersdenkenden Personen zeigt, deren Opfer in der letzten Zeit unsere Kollegen Jaime Iglesias, Enrique Gonzalez und Sergio Vergara waren, denen die Vollversammlung des Nationalrates Ehre und Bewunderung zollt für ihr Opfer um der Ideale willen. Die wiederholten Manöver und Hindernisse, die die Regierung gegen die Ausweitung des zur katholischen Universität Chiles gehörenden Fernsehkanals 13 ins Feld geführt hat, zeigen nicht nur einen sektiererischen Geist, sondern den Willen, die Kontrolle und das Staatsmonopol in einem so wichtigen Massenmedium zu übernehmen; die Versuche, über die ideologische und politische Begründung des Entwurfes bezüglich der nationalen Einheitsschule den Keim einer offiziellen Staatsphilosophie in das Land zu bringen, ohne Befragung der verschiedenen Bereiche der nationalen öffentlichen Meinung, die gegensätzliche Beurteilung durch die Mehrheit mißachtend, die politische Verfassung und das Garantienstatut außer Acht lassend, mit der vorgefaßten Absicht, in Chile ein Staatsmonopol auf dem Gebiete der Bildung und Erziehung zu errichten; die Fortsetzung der illegalen Besetzungen, der Interventionen und Beschlagnahmen und zusammengefaßt, die Ablehnung, in die politische Verfassung des Staates grundlegende Normen über die Bereiche der Wirtschaft einzufügen. Die Vollversammlung des Nationalrates erklärt, daß sie sich mit allen ihren Kräften der Monopolisierung der Massenmedien und des nationalen Erziehungswesens entgegenstellen wird.

Die Regierung des Herrn Allende qualifiziert sich selbst als Regierung des Volkes und begründet ihre Eigenpropaganda mit der These, daß diese Regierung ihren eigenen Aussagen entsprechend, die Interessen der Armen vertritt und den gesellschaftlichen Kampf zwischen diesen und den Reichen unterstützt. Die CDP weist diese Aussage zurück. In der Gesamtheit ihrer Aktivitäten verrät die Regierung die Interessen des Volkes und zerstört die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen für die Befreiung der Unter- und Mittelschicht. Sie schafft in Händen kleiner Personengruppen oder von Arbeitnehmern, die uneingeschränkte Anhänger der Volksfront sind, eine neue bürokratische Macht, wobei die freie und demokratische Meinung und die breite Beteiligung der großen Mehrheit der wissenden Arbeitnehmer außer Acht gelassen wird. Aus diesem Grunde entwickelte die Regierung eine Politik der Demagogie, die die Versprechen und ihre Wahlplattform mit Füßen tritt.

Bedauerlicherweise wollte Präsident Allende das Ergebnis der allgemeinen Wahlen vom vergangenen Herbst weder akzeptieren noch sich der Meinung der Wähler unterwerfen. Im Gegenteil, in seinem Bericht vor dem Nationalkongreß am 21. Mai d.J. machte er die klare Aussage, daß er die Regierungspolitik trotz der Absage, die die Mehrheit der Chilenen ihm bei der demokratischen Befragung im März bedeutete, nicht ändern würde, sondern ganz Chile, wenn es nicht eine Auseinandersetzung und einen Bürgerkrieg wolle, das Programm und die von der sogenannten Volksfront eingeführten Methoden zu akzeptieren habe.

##### 5. Die bewaffneten Gruppen und die Macht des Volkes

Konsequent in dem Vorhaben, trotz der Ablehnung durch die Mehrheit im Lande, zu jedem Preis ihre Ziele und Methoden durchzusetzen, setzte die Regierung in umfassender Weise die Strategie der Mobilisierung der Massen ein, um das Land durch den Druck der sogenannten "Macht des Volkes" einzuschüchtern.

Ein Beweis dafür war die Zunahme und die Unterstützung, die

die Organisationen erfuhren, die Verbände für Versorgung und Preise. Industrie-Betriebsgruppen, Bauernausschüsse, Gemeinderäte u.ä. genannt wurden, welche mit Gewalt, Bedrohung und Einschüchterung dem Rest der Bürger ihre Methoden und ihren Willen aufzuzwingen versuchten. Das Vorgehen dieser Brigaden oder Basisorganisationen zeigte sich in der haßvollen und diskriminierenden Verteilung der Nahrungsmittel, bei der diejenigen, die sich nicht bedingungslos der Regierung verschrieben, ausgeschlossen wurden; in einer wirklichen Gewerkschaftsdiktatur in den verstaatlichten, intervenierten oder beschlagnahmten Unternehmen; in einer Reihe von Grundstücks- und Industriebesetzungen und in ständigen Straßendemonstrationen, deren Ziel es war, die Leute in Angst zu versetzen. Alle diese Maßnahmen waren das, was die Gruppen der Ultralinken anfänglich die "Macht des Volkes" nannten. Hierbei muß daran erinnert werden, daß diese These der "Macht des Volkes" von der Bewegung der Revolutionären Linken, bei Ablehnung durch die Kommunistische Partei, vorgebracht wurde, schließlich aber in die offizielle These der gesamten Volksfront, unter Einschluß der Kommunistischen Partei, die sich als die vorsichtigste und gemäßigste aller Parteien innerhalb der Volksfront darstellte, umgewandelt wurde.

Parallel zur Entwicklung dieser sogenannten "Macht des Volkes" wurde die Zunahme der bewaffneten Gruppen und die Strategie der Volksfront offenbar, in Stadtteilen, Industrien, Universitätsinstituten, Büros der öffentlichen Verwaltung usw. Milizen zu schaffen und sie für eine eventuelle Auseinandersetzung mit Mitalen zu versorgen.

Zu diesem Punkt gab die CDP am 6. Juli d.J. eine Erklärung ab, in der wörtlich folgendes zum Ausdruck kommt: "Die "de-facto-Schaffung" einer sogenannten "Macht des Volkes", die von Gruppen der Regierungsparteien organisiert und mit der Unterstützung der Staatsbeamten arbeitet, Industrien besetzt, Waffen erhält und eine tatsächliche "bewaffnete Miliz" bildet, die sich politische, wirtschaftliche und Verteidigungsfunktionen zueignet, bedeutet das ernsteste aller Attentate, die wir bisher gegen die Grundlagen des Verfassungsstaates und des demokratischen Zusam-

menlebens angetroffen haben. Die Verfassung und die verabschiedeten Texte im Statut der demokratischen Garantien, das die Wahl des derzeitigen Präsidenten der Republik überhaupt ermöglicht ist diesbezüglich von kategorischer Klarheit. Sie erklärt entschieden im Absatz 16 des Artikels 10, daß "in keinem Fall die Nachbarschaftsvereinigungen, Gewerkschaften oder übrigen gemeinschaftlichen Organisationen und auch keine andere sich anmaßen kann, im Namen oder als Vertreter des Volkes zu handeln, noch versuchen darf, sich Zuständigkeiten der Machtausübung anzueignen, die ausschließlich der staatlichen Autorität vorbehalten sind". Im Artikel 22 ist der Grundsatz verankert, daß "die öffentliche Gewalt einzig und allein in den Händen der Streitkräfte und der Polizei liegt, die vor allem Berufsorganisationen darstellen, hierarchisch aufgebaut sind, sich dem Gehorsam verpflichtet und ohne Verhandlungsfunktion fühlen.

Die Erstellung dieser "Macht des Volkes" unter offensichtlicher Beteiligung der staatlichen Autoritäten ist wirklich unvereinbar mit dem Bestehen der rechtmäßigen "institutionellen Gewalt", die von der Verfassung als wesentliche Grundlage unseres demokratischen Staatswesens gesehen wird.

Die Regierung hat die Pflicht, die beschriebenen Situationen schnellstens zu beheben. Die zivile Bevölkerung unseres Vaterlandes kann nicht weiterleben dank des Großmuts von bewaffneten Minderheitsgruppen, der Komplizenschaft und Duldung durch die Autoritäten sicher, die versuchen, mit Gewalt dem Rest der Chilenen ihren Willen aufzuzwingen, die sich der Arbeitsplätze bemächtigen und selbst das Leben derer bedrohen, die sich ihnen nicht unterwerfen. Dies bedeutet Schaffung des Terrors und es ist Sache der Regierung, der Streitkräfte und der Polizei, dieser Situation ein Ende zu machen.

#### 6. Die soziale Krise und die wirtschaftliche Lähmung

Parallel zu diesem Prozeß der Übernahme der gesamten Macht durch

die Regierungskreise und ihre Basisorganisationen macht das Land einen wirklich schwindelerregenden wirtschaftlichen Verschlechterungsprozeß, mit der daraus sich ergebenden sozialen Krise, durch. In allen Bereichen der Produktion, sowohl der Landwirtschaft, wie der Industrie und des Bergbaus, nahm im letzten Jahr steil ab. Dies schuf eine ernste Versorgungskrise an Nahrungsmitteln, Kleidung, Schuhen und anderer Gebrauchsgüter, was zu langen Schlangen vor den Geschäften führte und eine weitere Belastung für die geduldige Bevölkerung bedeutete. Sie führte auch zu einer entfesselten Spekulation, zum Entstehen eines äußerst mißbräuchlichen Schwarzmarktes und schließlich zu jeder Art von Übergriffen und Diskriminierungen seitens der staatlichen Organe und der Machtgruppen der Volksfront, um bei der Verteilung der knappen Güter die eigenen Anhänger zu begünstigen und somit über den Magen den Rest der Bevölkerung zu kontrollieren.

Dieselbe wirtschaftliche Krise führte auch zu dem vehementesten Inflationsprozeß, den Chile je in seiner Geschichte kannte. Die Preise stiegen in die Wolken und der Überschuß an umlaufendem Geld brachte bis Ende des vergangenen Monats August eine Inflation mit sich, die in den letzten zwölf Monaten bereits 300 % erreichte.

Als Folge dieser Krise ergab sich natürlicherweise in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen eine große Unruhe, vor allem unter den Arbeitnehmern, die von Gehalt oder Lohn leben. So kam es zu zahlreichen Konflikten, von denen der bedeutsamste derjenige der Kupferbergleute der Grube El Teniente war, die einen 70tägigen Streik durchhielten, um die gleitende Lohnskala zu verteidigen, die in früheren Etappen erreicht worden war und ihnen ein automatisches Lohn- und Gehaltsanpassungssystem zur Wahrung ihrer Kaufkraft gebracht hatte.

Dieselbe Ursache war ausschlaggebend dafür, daß zahlreiche Gruppen des Mittelstandes, vor allem Transportunternehmer, Akademiker, kleine und mittlere Kaufleute, Kleinbauern, Landarbeiter,

Besitzende aufgrund der Agrarreform und Eigentümer kleinerer Grundstücke, die Auswirkungen dieser Krise in wirklich verzweifelnder Art zu spüren bekamen. Aus diesem Grunde griffen sie auf verschiedene Formen des Ausdrucks ihrer Misere zurück und leiteten zur Verteidigung ihrer Interessen und Rechte Demonstrationen ein, in deren Verlauf sie ihre Forderungen stellten.

#### 7. Die Regierung Allende und die Streitkräfte

Eines der hervorragendsten Merkmale der Regierung des Präsidenten Allende war seine starke Hinwendung zu den Streitkräften und der Polizei. Diese Hinwendung äußerte sich in einer ständigen Beziehung des Präsidenten zu den Oberbefehlshabern, dem Offizierskorps und sogar der Truppe, in öfteren Besuchen der Garnisonen durch den Präsidenten, in sozialen Aufmerksamkeiten und Schmeicheleien jeder Art für das höhere Offizierskorps, in wiederholten lobenden Referenzen anlässlich der Reden des Präsidenten auf die verfassungsmäßige Rolle der Streitkräfte und der Polizei sowie ihres Verhaltens, in deren Sonderbehandlung auf dem Gebiete der Bezahlung wie auch ihrer Ausstattung. Andererseits gefiel es dem Präsidenten, bei allen öffentlichen Akten, selbst bei politischen Veranstaltungen, von seinen drei Adjutanten des Heeres, der Marine und der Luftwaffe begleitet zu werden. Während seiner Regierung wurden die Streitkräfte und die Polizei dadurch mit Funktionen der Verwaltung und Wirtschaft betraut, daß man ihre Repräsentanten in Ämter berief, die mit der Verwaltung der Kupferunternehmen und anderen Bereichen großer wirtschaftlicher Bedeutung zu tun hatten.

Dieser Haltung wurde seitens der Streitkräfte und der Polizei mit einer klar definierten Einhaltung ihrer traditionellen Nicht-Intervention in politische Angelegenheiten entsprochen. Obwohl sie nach außen hin von vielen als mögliche Schiedsrichter der politischen Situation angesehen wurden und die Versuche der Regierung und einiger Gruppen der Ultrarechten offenbar waren, die Streitkräfte und die Polizei auf ihre Seite zu ziehen,

achteten diese absolut den Vorrang der zivilen Autorität und enthielten sich jeder Parteienpolitik.

Das beste Beispiel für diese Haltung ergab sich anlässlich der nationalen Arbeitsniederlegung vom Oktober 1972. Diese Arbeitsniederlegung führte zu einer allgemeinen Lähmung der Arbeit im ganzen Land. Sie wurde gelöst durch die Bildung eines Kabinetts, unter Beteiligung von Repräsentanten der drei Waffengattungen, wobei das Innenministerium vom Oberbefehlshaber des Heeres, General Carlos Prats Gonzalez, übernommen wurde. Die spezifische Funktion dieses Kabinetts war die Wiederherstellung der Normalität in allen Arbeitsbereichen des Landes und die Sicherung der freien Ausübung der Bürgerrechte in einer Atmosphäre des Friedens, der Ordnung und der Sicherheit, damit das Land in den allgemeinen Parlamentswahlen vom März d.J. über sein Schicksal entscheiden konnte.

Obwohl in dieser Zeit einige der Verpflichtungen, die von den Oberbefehlshabern der Streitkräfte beim Antritt ihrer Ämter eingegangen worden waren, nicht erfüllt wurden, sicherten sie, um der Wahrheit gerecht zu werden, einen ordnungsgemäßen Verlauf des Wahlganges, was man von ihnen vor allem erwartet hatte. Nach erfolgter Wahl zogen sich die Streitkräfte aus dem Kabinett in ihre Garnisonen zurück. Jetzt wurde offenbar, einige mißbräuchliche und willkürliche Methoden in der Verwaltung, die die Regierung vor der Eingliederung der Streitkräfte in das Kabinett benutzt hatte und während deren Anwesenheit im Kabinett unterließ, nun wieder auftauchten, wie z.B. der Mißbrauch der Beharrlichkeitsdekrete, um Maßnahmen durchzusetzen, die vom obersten Verfassungsgericht der Republik als illegal und nicht verfassungsgemäß zurückgewiesen worden waren. Es zeigte sich auch klar, wie die gewaltsame Aktion bewaffneter Truppen und die Entwicklung der sogenannten "Macht des Volkes", die während der Teilnahme der Militärs am Kabinett geringer geworden war, wieder neue Impulse erfuhren.

Am 29. Juni d.J. bezog in überraschender Weise zu früher Morgen-

stunde in Santiago ein Regiment gegenüber dem Präsidentenpalast und dem Verteidigungsministerium Stellung. Am Vortage war angekündigt worden, daß einigen Offizieren wegen ihrer angenommenen Teilnahme an subversiven Handlungen der Prozeß gemacht werden sollte. Der Präsident der Republik appellierte über Rundfunk an das Volk, seine Regierung zu verteidigen und kündigte an, daß er dafür Waffen hätte. Kurze Zeit später wandte er sich neuerdings an seine Anhänger, mit der Bitte, sich ruhig an ihren Arbeitsplätzen zu verhalten, da er auf die Loyalität der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, die tatsächlich das rebellierende Regiment unter Kontrolle bekamen, zählen könne. Noch vor Mittag wurde die Situation vollkommen beherrscht und der Präsident konnte bei dieser Angelegenheit auf die volle Unterstützung des Heeres, der Marine und der Luftwaffe zählen. Dadurch wurde die Gewißheit erhärtet, daß die Streitkräfte ihre traditionelle Haltung der Abwendung von Parteienpolitik, der Achtung der Rechte der zivilen Autorität und der Nicht-Intervention in politische Angelegenheiten beibehalten würden.

Es trat offen zutage, daß der gescheiterte Aufstand vom 29. Juni die Haltung der Streitkräfte änderte. Für sie war es äußerst unerfreulich feststellen zu müssen, daß sie von zivilen Scharfschützen, die von öffentlichen Gebäuden, Ministerien und Verwaltungsabteilungen in der Nähe der La Moneda auf Soldaten schossen, angegriffen wurden. Anscheinend konnten die Streitkräfte erst in diesem Augenblick die volle Tragweite der Bewaffnung ziviler Gruppen erkennen, die im Laufe der vorangegangenen zwei Jahre eingetreten war.

Obwohl das Gesetz über die Waffenkontrolle, das vom christlich-demokratischen Senator Juan de Dios Carmona im Kongreß eingebracht wurde, dazu dienen sollte, bestehende bewaffnete Gruppen zu bekämpfen, begannen die militärischen Befehlshaber erst ab Juli d.J., dieses Gesetz tatsächlich zur Durchführung zu bringen, die bewaffneten Gruppen zu lokalisieren, ihnen den Prozeß zu machen und die vorgefundenen Waffen zu beschlagnahmen.

Aufgrund der Ereignisse des 29. Juni glaubte man, daß der Präsident ein Kabinett unter Einschluß der Repräsentanten der Streitkräfte bilden würde. Es wurde bekannt, daß der Präsident mit den obersten Befehlshabern Gespräche aufgenommen hatte und diese bereit waren, unter der Voraussetzung, daß sie umfassende Zuständigkeiten zur Wiederherstellung der Ordnung und der Normalität im Lande erhielten, das Waffengesetz in aller Schärfe anzuwenden und der Existenz bewaffneter Gruppen somit ein Ende zu machen.

#### 8. Der Dialog

Dieses waren die Umstände, unter denen Ende Juli das Land eine Zeit höchster Spannung durchmachte und der nationale katholische Episkopat einen Appell an die Bevölkerung richtete zur "Entwaffnung des Geistes und der Hände" und zur Suche nach "Wegen für einen demokratischen Minimalkonsens" aufrief, wozu ein "politischer Waffenstillstand" geschaffen werden sollte. In Gesprächen des Herrn Kardinal mit dem Präsidenten der Republik und dem Vorsitzenden der Christlichen Demokratie brachten wir unsere Haltung diesbezüglich klar zum Ausdruck. In einer Rede des Vorsitzenden der Christlichen Demokratie im Senat wurde diese Meinung öffentlich kundgetan. Der Staatschef richtete später eine Einladung an den Vorstand der Christlichen Demokratie, die unter der Bedingung angenommen wurde, daß es sich um "einen Dialog im Sinne und zum Wohle des Volkes" handeln müsse, mit dem Ziel, für die Situation Chiles eine politische Lösung zu suchen, die eine mögliche Auseinandersetzung und eine Krise des demokratischen Systems verhindern konnte.

In diesen Gesprächen wurden zwei Positionen vorgetragen: Auf der einen Seite verlangte die CDP die sofortige Entwaffnung der bewaffneten Gruppen, die Durchführung des Gesetzes über die Waffenkontrolle, die Beendigung der Aktionen der Industrie-Betriebsgruppen und anderer, die Besetzungen und andere illegale Akte

vorgenommen haben, die Durchführung der noch anhängigen Verfassungsreformen bezüglich der Bereiche der Wirtschaft und der Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern im Vollzuge der Agrarreform. Um dies alles sicherzustellen, regen wir an, daß der Präsident, unter Anwendung seiner verfassungsmäßigen Rechte, ein Kabinett bildet, dem repräsentative Persönlichkeiten der Streitkräfte angehören, die institutionell auf der gehobenen und mittleren Ebene der staatlichen Verwaltung tätig werden sollten, um zu verhindern, daß Beamte und Angestellte durch den Mittelbau der Regierungsbürokratie in ihrer Arbeit behindert werden. Der Staatschef schlug auf der anderen Seite die Bildung von Ausschüssen vor, die die übereinstimmenden Punkte zwischen der Christlichen Demokratie und der Regierung in einer Reihe aktueller Fragen, sowohl im politischen wie auch wirtschaftlichen und sozialen Bereich, erarbeiten sollten. Nach Abschluß der Arbeiten dieser Ausschüsse und nach Erzielung von Übereinkünften in diesen Fragen, sollte ein Kabinett zur Durchführung dieser Politik gebildet werden.

Wir Christdemokraten glaubten, daß das Wichtigste die Wiederherstellung des Verfassungssystems sei und boten unsere Mitarbeit an, um sofort diese Ausschüsse zu bilden und im Kongreß jede notwendige gesetzgeberische Unterstützung zu gewähren.

Aufgrund der Tatsachen, daß man zu keiner Übereinkunft kam, da der vom Präsident Allende vorgeschlagene Weg nicht der war, den das Vaterland in dieser so ernsten Stunde von uns verlangte und nach unserer Meinung unsere Vorstellungen die einzigen waren, die die Bedingungen für den "Waffenstillstand" schaffen und die unerläßliche Normalisierung des Lebens im Lande erreichen konnten, wurde der Dialog als beendet betrachtet.

Es fand wohl weiterhin ein Austausch offener Briefe zwischen dem Staatschef und dem Vorsitzenden der Christlichen Demokratie statt, in denen die jeweiligen Positionen lediglich bestätigt wurden.

Wenige Tage später bildete der Präsident der Republik ein Kabinett, in dem die Oberbefehlshaber der drei Waffengattungen der

Streitkräfte und der Generaldirektor der Polizei vertreten waren. Die Christliche Demokratie gab angesichts dieses Kabinetts öffentlich ihre Meinung bekannt, in dem Sinne, daß sie diesem Kabinett im Parlament ihre Mitarbeit nicht versagen werde, wenn die Aufgaben durchgeführt werden, die uns in der gegebenen Situation als unerlässlich erscheinen. Diese Aufgaben wurden bereits in dem Dialog mit dem Staatschef angesprochen, mit dem Ziel, die institutionelle Normalität im Lande wieder herzustellen.

In jenen Tagen zu Beginn des Monats August begann eine neue Arbeitsniederlegung durch die Transportunternehmer. Der Grund war, daß die Regierung die für die Beendigung der Arbeitsniederlegung im Oktober gemachten Versprechungen nicht eingehalten hatte. Die Christliche Demokratie nahm Kontakt auf zum Minister für Öffentliche Arbeiten und Transport, dem Luftwaffengeneral César Ruiz, dessen Ergebnis Gespräche zwischen dem Minister und den Führern der Gruppe der Transportunternehmer waren, um einen Ausweg aus dem Konflikt zu finden. Diese Gespräche machten positive Fortschritte, konnten dann aber nicht weiter fortgeführt werden, weil der besagte Minister von der Regierung keine ausreichenden Ermächtigungen erhielt, um zu einer Übereinkunft zu kommen, sondern im Gegenteil durch andere Regierungsbehörden klar gebremst und behindert wurde, was dazu führte, daß er nach einer Woche zurücktrat. Der Präsident der Republik verlangte dann von ihm, auch die Funktion des Oberbefehlshabers der Luftwaffe abzugeben und bedeutete ihm, daß er nur wegen dieser Funktion zum Minister ernannt worden war. Am folgenden Tag dann ernannte er General Gustavo Leigh zum Oberbefehlshaber der Luftwaffe und General Humberto Magliochetti zum Minister für Öffentliche Arbeiten und Transport. Diese Ereignisse, zusammen mit der allgemeinen Lähmung des Landes durch die Arbeitsniederlegung der Transportunternehmer und das Klima der Gewalt, in dem man lebte, wie auch die überall auftauchenden Gerüchte, daß die Regierung auch von anderen hohen Offizieren der Streitkräfte den Rücktritt verlangen würde (dies war bereits mit drei Generalen der Luftwaffe

geschehen und es wurde angekündigt, daß mehrere Generale und ungefähr 15 Obristen des Heeres dasselbe Schicksal erleiden würden), schufen eine Situation äußerster Unruhe. Im Offizierskorps der Streitkräfte wurde die Unzufriedenheit offensichtlich, die sich in einem Protest von Offiziersehefrauen vor der Wohnung des Oberkommandierenden des Heeres, General Carlos Prats, äußerte, der von seinem Amt zurücktrat und durch General Augusto Pinochet ersetzt wurde.

Zu gleicher Zeit nahm die Abgeordnetenkammer angesichts dieser Ereignisse ein Abkommen an, um den Präsidenten der Republik und den von den Streitkräften kommenden Ministern die Willkürakte, Ungesetzlichkeiten und Verletzungen des Rechtsstaates zu bedeuten, die von der Regierung des Herrn Allende begangen worden sind, unter Hinweis darauf, daß diese einen ernsten Bruch der verfassungsmäßigen Ordnung darstellten.

Der Rücktritt von General Prats schuf eine neue Kabinettskrise. Der Präsident der Republik löste sie dadurch, daß er ein neues Kabinett unter Führung von Carlos Briones, einem Sympathisanten der Sozialistischen Partei, der das Innenministerium übernahm, schuf. Außerdem waren weitere vier hohe Offiziere der Streitkräfte, ebenso kommunistische, sozialistische und anderen Parteien der Volksfront angehörende Minister vertreten.

Auf Wunsch des Staatschefs fand am 17. August zwischen ihm und dem Vorsitzenden der Christlichen Demokratie im Hause des Herrn Kardinals ein privates Gespräch statt. Obwohl dieses Treffen vom Präsidenten der Republik erbeten worden war, machte dieser dem Vorsitzenden der Christlichen Demokratie gegenüber keine einzige politische Aussage, sondern vermittelte im Gegenteil das Gefühl, als ob er zu den von Senator Aylwin vorgebrachten Problemen einer Stellungnahme entfliehen wollte, vor allem als dieser sagte, daß es mit der Zweideutigkeit nicht so weitergehen könne, nämlich vorzugeben, zu den Streitkräften ein gutes Verhältnis zu haben, auf der anderen Seite dasselbe gute Verhältnis mit der Regierung nahestehenden Bereichen der Linken, die in aller

Öffentlichkeit Aktionen gegen die Streitkräfte unternahmen, aufrecht zu erhalten. Es sei deshalb unerlässlich, seitens des Präsidenten der Republik eine politische Aussage zu hören, die die Wiederherstellung des Rechtsstaates im Lande zusichert.

Aufgrund dieses Treffens nahm der Innenminister Carlos Briones, in Vertretung des Präsidenten Allende, Kontakt auf zu Senator Aylwin, mit dem Ziel, die Durchführung der noch anhängigen Verfassungsreformen, die Wiedereinstellung der wegen des Bergarbeiterstreiks von El Teniente entlassenen Kupferarbeiter, die Rückgabe des Fernsehkanals der Universität von Chile, die von extremistischen Gruppen der Bewegung der revolutionären Linken und der Sozialistischen Partei besetzt worden war, zu erreichen, außerdem das Preisproblem der Papierindustrie, das besagte Unternehmensbereiche an den Rand des Ruins gebracht hatte, zu lösen. Falls diese Lösung nicht gefunden würde, hätte sich die gedruckte Information einer willkürlichen Papierzuteilung seitens des Staates gegenüber gesehen.

Die Bildung des neuen Kabinetts änderte den Zustand der Dinge nicht wesentlich, da die bestehenden Probleme nicht gelöst wurden: Trotz der Garantien, die die Christliche Demokratie für den Fall ihrer Durchführung angeboten hatte, wurden die Reformen nicht in die Wirklichkeit umgesetzt. Es verliefen 10 Tage, ohne daß die gekündigten Arbeitnehmer wieder eingestellt worden wären, der Fernsehkanal wurde nicht zurückgegeben, das Problem der Papierindustrie wurde nicht gelöst, ebensowenig der Konflikt der Transportunternehmer. Der Konflikt mit den Transportunternehmern, der praktisch von den Repräsentanten der Streitkräfte, die von der Regierung dazu bestimmt gewesen waren, in Gesprächen mit den Führern dieses Berufsstandes bereits gelöst worden war, blieb ohne feste Übereinkunft, da die getroffenen Absprachen nicht von der Regierung bestätigt wurden.

Erst am Freitag, dem 7. September, wurde die Anweisung zur Wiedereinstellung der Arbeiter von El Teniente gegeben und am Samstag, dem 8. September, erfolgte die Rückgabe des Fernseh-

kanals. Anlässlich einer am 7. September in der Umgebung Santiagos von der Luftwaffe durchgeführten Hausdurchsuchung nach Waffen, wurden die Soldaten von der Regierung nahestehenden Extremisten angegriffen, was im Rahmen einer geheimen Sitzung am Samstag zu einem handfesten Protest der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, an den Präsidenten der Republik gerichtet, führte.

Andererseits wurde öffentlich bekanntgegeben, daß der Staatschef am Montag, dem 10., zur Bevölkerung sprechen wollte und man hörte das Gerücht, daß er in dieser Rede Änderungen in seiner Politik ankündigen würde.

Zur gleichen Zeit fand seitens Gruppen der Rechten und der Berufsstände eine umfangreiche Kampagne im ganzen Land statt, in der der Rücktritt des Präsidenten der Republik gefordert wurde. Diese Kampagne fand von Tag zu Tag in der unabhängigen öffentlichen Meinung mehr Anhängerschaft, und es schlossen sich ihr sogar Basisgruppen der Christlichen Demokratie an. Eine Delegation, die sich aus Ehefrauen der Transportunternehmer zusammensetzte, sprach im Senat mit den Vorsitzenden der Oppositionsparteien und verlangte, den Staatschef wegen Unfähigkeit abzusetzen. Obwohl Vertreter der anderen Oppositionsparteien ihr Einverständnis erklärten, antwortete der Vorsitzende der CDP mit einer Ablehnung dieser Maßnahme, da er sie als rechtswidrig und unpassend erachtete.

Der Vorstand der Christlichen Demokratie führte Gespräche mit den Expräsidenten der Partei, Parlamentariern und Führungskräften aus allen Provinzen, um deren Meinung kennenzulernen. Bei dem Treffen der Vorsitzenden der Provinzorganisationen der Partei kam man einstimmig zu der Auffassung, falls der Staatschef seine Haltung nicht ändern sollte, es keine andere verfassungsmäßige Lösung als die seines Rücktritts gäbe, um somit die Entscheidung über die ernste Lage, in der das Land sich befand, in die Hände des Volkes zu legen. Ohne den verfassungsmäßigen Rahmen zu sprengen und um Präsident Allende diesen Schritt zu erleichtern, beschloß man, daß alle christlich-demokratischen Parlamentarier von ihren Ämtern zurücktreten sollten, unter der Maßgabe, daß

auch die Parlamentarier anderer Parteien und selbst der Präsident der Republik zurücktreten.

Am Sonntag, dem 9. September, hielt der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Senator Carlos Altamirano, vor den Truppen der Streitkräfte eine zündende Rede, in der er sie zum Ungehorsam gegenüber ihren Befehlshabern aufforderte und, mit seinen eigenen Worten, den "revolutionären Weg" forderte. Dies war der Sprengstoff, der zur Explosion führte. Am Montag, dem 10., hielt Präsident Allende die angekündigte Rede nicht und verschob sie auf den kommenden Tag. Am Morgen des 11. September begannen dann die Streitkräfte zu handeln.

#### Der chilenische und der tschechoslowakische Fall

Die vorherigen Ausführungen zeigen deutlich, daß die Christliche Demokratie alles getan hat, um das chilenische demokratische und verfassungsmäßige Staatswesen zu retten und zu jeder Zeit ihren humanistischen und an der Gemeinschaft orientierten Prinzipien treu war, stets bereit, für den weiteren Verlauf des Sozialisierungsprozesses in Chile demokratische Formeln zu suchen. Der Parteivorsitzende und Senatspräsident sagte in einer feierlichen Sitzung der Vollversammlung des Kongresses anlässlich eines Empfangs der Delegierten der UNCTAD III-Konferenz am 14. April 1972: "Das politische Problem Chiles war nicht die nationale Souveränität gegenüber imperialistischen Einmischungen und Pressionen zu schützen, da alle Chilenen ohne Ausnahme jede ausländische Einmischung in diesem Bereich von je her abgelehnt haben. Dies gilt auch für die Frage der Beibehaltung oder Wandel der Wirtschaftsstrukturen, die die Interessen der Oberschicht oder der großen Kapitalmonopole begünstigten, da die überwiegende Mehrheit der Chilenen die Ablösung des kapitalistischen Regimes durch eine neue Gesellschaft wünscht und sucht, in der Macht tatsächlich durch die Bevölkerungsmehrheit, unter wirksamer Teilnahme der Arbeiter, ausgeübt wird. Das wesentliche Problem, das Chile so sehr bewegt, besteht darin, ob der Strukturwandel zur Schaffung einer neuen Gesellschaft auf demokratischem

Wege, ohne die Freiheit der Menschen zu opfern, erreicht werden kann oder nicht, und ob dieser Strukturwandel im Rahmen der Verfassung und der Gesetze durchgeführt werden kann oder ob er nur durch die Gewalt, die Willkür oder totalitäre Maßnahmen erreichbar ist. Mit anderen Worten, ob das Angestrebte ein bürokratischer Staatsapparat im Dienste der Machtgewinnung oder die wirkliche Teilnahme der Arbeiter am Staat in und über ihre authentischen Organisationen ist."

Der Fall Chiles hat sehr große Ähnlichkeiten mit dem der Tschechoslowakei in den Jahren 1946 bis 1948. Auch dort sprach man vom "tschechoslowakischen Weg der Schaffung des Sozialismus". Die Nationalfront, gebildet aus allen Antinaziparteien, suchte unter dem Vorsitz von Benes eine Formel, um einen humanistischen und demokratischen Sozialismus im Lande zu realisieren. Die Kommunistische Partei aber arbeitete hartnäckig an der Eroberung der Macht im Staatsaufbau, in den Massenmedien und in den Basisorganisationen. Sie schuf dadurch eine sogenannte "Volksgewalt" - in Wirklichkeit bewaffnete Milizen - die zu Beginn des Jahres 1948 den Wahlen, die in diesem Jahr durchgeführt werden sollten, zuvorkamen und den sogenannten "Prager Aufstand" auslösten, der dem Kommunismus die absolute Macht brachte und es ihm erlaubte, seine totalitäre Tyrannei in dieses Land zu bringen, aus der es sich bis heute nicht befreien konnte.

Diejenigen, die vom Ausland her die chilenischen, demokratischen Gruppierungen und insbesondere die Christliche Demokratie wegen ihres Kampfes für die Verteidigung der demokratischen Ordnung in Chile kritisieren, verkennen die wirklichen Umstände, die in diesem Land bestanden haben und vergessen das Beispiel der Tschechoslowakei und anderer osteuropäischer Länder. Wenn es unsererseits kein so entschiedenes Handeln gegeben hätte, wäre es wahrscheinlich dem Kommunismus gelungen, in Chile, über eine Aktion ähnlich der des "Prager Aufstands", sein totalitäres Modell einzuführen.

Angesichts der Bedrängnis dieser Realität verlangte der Großteil der Bevölkerung dieses Landes den Rücktritt Präsident

Allendes und hoffte auf die Intervention der Streitkräfte. Die Christliche Demokratie war nicht für diese außerhalb der Gesetze vorgenommene Intervention, glaubte aber, daß die Streitkräfte innerhalb des institutionellen Rahmens Chiles die Garantie für die Konsolidierung des Sozialisierungsprozesses gemäß der Verfassungsordnung der Republik boten. Aus diesem Grunde unterstützte die Christliche Demokratie die Eingliederung der Streitkräfte in die Regierung Präsident Allendes, als Faktoren der Garantie, der Stabilität und der Rückdrängung der extremistischen Strömungen, die die gesamte Macht an sich reißen wollten. Leider stieß diese Lösung, die zeitweise selbst von Präsident Allende akzeptiert zu werden schien, auf die kategorische Ablehnung nicht nur der Sozialistischen Partei und der Bewegung der Revolutionären Linken, sondern auch der Kommunistischen Partei und der anderen Gruppierungen innerhalb der Volksfront. Gerade dieser Umstand trug zur Zuspitzung des Konfliktes bei und führte das Land aus dem Rahmen einer demokratischen Ordnung heraus, was die CDP bedauert und worunter sie mehr als jeder andere leidet, denn sie ist die Partei, die die authentischsten demokratischen Gruppierungen der chilenischen Nation vertritt.

Patricio Aylwin Azocar

Präsident der Christlich-Demokratischen  
Partei Chiles